

Steinmetz, W.

Article — Digitized Version

Privateigentum und Leistungswettbewerb: Grundlagen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Steinmetz, W. (1953) : Privateigentum und Leistungswettbewerb: Grundlagen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 8, pp. 475-480

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131760>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Privateigentum und Leistungswettbewerb: Grundlagen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit

Dipl.-Ing. Dr. rer. pol. W. Steinmetz, Braunschweig

ZUR FRAGE DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Die wirtschaftspolitische Konzeption der Deutschen Partei ist ein Bestandteil ihrer allgemeinen politischen Zielsetzung. Diese ist in den „Grundsätzen der Deutschen Partei“ niedergelegt und wurde durch das von der Bundesdelegiertentagung in Hamburg Ende Mai d. J. einstimmig angenommene „Arbeitsprogramm der Deutschen Partei für den zweiten Bundestag“ ergänzt. Es bildet die Grundlage ihres zukünftigen politischen Wirkens. Artikel I lautet:

„Das oberste nationale Ziel aller Deutschen ist die friedliche Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes. Die Überwindung der Spaltung Deutschlands ist die Voraussetzung dafür, daß die Spaltung Europas überwunden wird und damit ein in Frieden gesichertes und vereinigtes Europa entsteht. Daher werden wir die von uns betriebene Politik der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vereinigung, die in den europäischen Verträgen vorgezeichnet ist, unbeirrbar fortführen, weil nur so die nationale und europäische Einheit in Frieden und Freiheit erreichbar ist.“

Den Weg zur Erreichung dieses Zieles sieht die Deutsche Partei in der konservativen Erneuerung unserer gesellschaftlichen Lebensordnung und im Aufbau eines von christlich-abendländischem Geist erfüllten Rechtsstaates, in dem der Mensch nicht Funktion eines Kollektivs, sondern Glied der von Gott gesetzten Schöpfungsordnung ist.

Mit dieser ordnungspolitischen Gesamtentscheidung ist die Frage nach der wirtschaftspolitischen Konzeption grundsätzlich beantwortet. In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, der die politische Verantwortung genau umgrenzt, den einzelnen vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht schützt und die Staatsgewalt den Forderungen einer echten Demokratie unterstellt, hat die Achtung vor der Freiheit und Würde des Menschen auch oberstes Gesetz der Wirtschaftspolitik zu sein. Die wirtschaftspolitische Konzeption der Deutschen Partei wird daher von dem Grundsatz bestimmt, daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe. Die Wahrung eines Höchstmaßes persönlicher Freiheit setzt für den Ablauf des modernen, arbeitsteilig-technisierten Wirtschaftsprozesses eine Ordnung voraus, in der wirtschaftliche Vernunft und Menschenwürde gleichermaßen zu ihrem Recht kommen. Der drohenden Einschränkung der privaten Freiheitssphäre durch zunehmende Verstaatlichung unserer gesellschaftlichen Lebensordnung muß die Wirtschaftspolitik mit dem Willen zur Vermenschlichung des Wirtschaftslebens begegnen. Ihr Ziel sollte es sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die verantwortungsbewußten und fleißigen Menschen eines Volkes in gemeinsamer Arbeit ihre Lebensangst und Lebensnot überwinden können. Die Notwendigkeit unmittelbaren Eingreifens des Staates in den Wirtschaftsablauf kann nur ausnahmsweise für die Fälle anerkannt werden, daß Lenkungs-

oder Koordinationsprobleme auftreten, deren Lösung die Kräfte der einzelnen oder nicht-staatlicher Organisationen nachweislich übersteigt. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Errichtung einer Wirtschaftsordnung, die ein harmonisches Verhältnis zwischen Einzel- und Gesamtinteresse herzustellen vermag.

Entscheidung für die Marktwirtschaft

Die Frage, wie man dem Wirtschaftsablauf in seiner arbeitsteiligen Verflochtenheit eine sinnvolle und funktionsfähige Ordnung geben könne, gehört deshalb an den Anfang aller wirtschaftspolitischen Überlegungen. Zwischen der Wirtschaftsordnung und der politischen Ordnung besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Das zeigt die Geschichte aller Kulturvölker und aller Zeiten und wurde gerade im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte unseres Jahrhunderts besonders eindringlich bestätigt. Alle vergangenen und gegenwärtigen politischen Systeme, die die geistige Freiheit und die Menschenwürde gering achten, sind auch durch einen ausgeprägten Hang zu staatlicher Kontrolle und Lenkung des wirtschaftlichen Geschehens gekennzeichnet. Die Zeitspanne seit dem ersten Weltkrieg bietet eine Reihe von Beispielen dafür, wie im Gefolge sich ausbreitender staatlicher Wirtschaftslenkung nicht nur die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit des einzelnen immer mehr eingeengt, sondern darüber hinaus auch die staatsbürgerlichen Grundrechte vernichtet und die Menschen zu Objekten einer allmächtigen staatlichen Wirtschaftsbürokratie entmündigt werden.

Die Deutsche Partei läßt sich in ihrer politischen Auffassung nicht von Ideologien und Wunschträumen leiten, sondern stützt sich auf geschichtliche Erfahrung und richtet sich in ihrem Handeln am Gegenwärtigen und Gegebenen aus. In ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption lehnt sie sich nicht eng an ein bestimmtes theoretisches System an. Daraus erklärt es sich, daß sie weder ihre politische noch auch ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung in ein festumrissenes Programm gefaßt hat.

Die Entscheidung für die Marktwirtschaft beruht einmal auf der Überzeugung, daß diese Wirtschaftsordnung die sinngemäße Ergänzung der auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhenden politischen Ordnung eines demokratischen Rechtsstaats ist, zum anderen auf der praktischen Erfahrung, daß in ihr und durch sie eine höhere Ergiebigkeit der volkswirtschaftlichen Zusammenarbeit gewährleistet ist als in der Zentralverwaltungswirtschaft. Über die Ergiebigkeit jeder arbeitsteiligen Wirtschaft entscheiden letzten Endes der Leistungswille und die Schaffensfreude der Menschen, vorausgesetzt, daß sie den Einsatz ihrer Arbeitskraft selbst bestimmen und über den Ertrag ihrer Arbeit frei verfügen können. Diese Vor-

aussetzungen sind in einer Zentralverwaltungswirtschaft erfahrungsgemäß nicht gegeben. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb ermöglicht es dem einzelnen in seiner Eigenschaft als Verbraucher, bestimmend auf die Preisbildung sowie auf Art und Umfang der Produktion einzuwirken. Freie Märkte, freie Preisbildung und freier Wettbewerb sind die Grundpfeiler einer freien Marktwirtschaft. In ihr wird dem aktiv wirtschaftenden und haushaltenden Menschen ein Höchstmaß volkswirtschaftlicher Mitbestimmung gegeben, da er durch sein Marktverhalten nicht nur den Einsatz der produktiven Kräfte zu lenken vermag, sondern durch freiwilligen Konsumverzicht und die Formen seiner Spartätigkeit maßgeblichen Einfluß auf die volkswirtschaftliche Kapitalbildung nehmen kann.

Wettbewerb und Wettbewerbskontrolle

Anläßlich der diesjährigen Bundesdelegiertentagung wurde die Stellungnahme zu den Fragen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in der gewerblichen Wirtschaft in nachstehenden Sätzen zusammengefaßt: Die bestmögliche Versorgung der Verbraucher im weitesten Sinne muß oberstes Prinzip der Wirtschaftspolitik sein. Diesem Ziel dient erfahrungsgemäß in vollkommener Weise eine auf der Grundlage geordneter und möglichst vollständigen Wettbewerbs aufbauende freie Marktwirtschaft. Eine Vorbedingung steigender Leistungskraft und krisenbeständiger Entwicklung des marktwirtschaftlichen Organismus ist die freie Entfaltungsmöglichkeit echter Unternehmerinitiative auf allen Gebieten der Gütererzeugung und -verteilung. Da die Wirksamkeit des Wettbewerbs durch das von natürlichen Interessengegensätzen bestimmte Marktverhalten der wirtschaftenden Menschen begrenzt und möglicherweise gefährdet wird, muß die Notwendigkeit der gesetzlichen Unterbindung marktschädigender Wettbewerbsbeschränkungen anerkannt werden. Hierbei ist dem Schutz des gewerblichen Mittelstandes gegen die Übermacht marktbeherrschender Unternehmungen in besonderem Maße Rechnung zu tragen und der monopolistischen Beeinflussung des Preis- und Lohngefüges unter Ausnutzung wirtschaftlicher oder politischer Machtstellungen vorzubeugen.

Entsprechend dem Grundsatz, sich bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen von praktischen Gegebenheiten leiten zu lassen, sind wir der Auffassung, daß die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen möglichst bald erfolgen sollte, um die zur Zeit durch Rechtssetzung der Alliierten noch bestehenden Beschränkungen in der Gestaltung und Handhabung des deutschen Wirtschaftsrechts zu überwinden. Damit würde gleichzeitig eine Voraussetzung geschaffen werden, um die eingetretene Erstarrung im organischen Zusammenwirken der produktiven Kräfte zu lösen und den lebendigen Fortschritt der deutschen Wirtschaft sowohl auf den Inlandsmärkten als auch in den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu fördern. Es müßte allerdings gewährleistet sein, daß alle Anordnungen einer für die Handhabung eines Gesetzes gegen Wettbewerbs-

beschränkungen zuständigen Behörde in jedem Falle einer richterlichen Nachprüfung unterworfen werden können. Die Überwachung des Wettbewerbs darf unter keinen Umständen zu einer Bürokratisierung der Wirtschaft und zur Ausschaltung des Preismechanismus als Regulativ der freien Marktwirtschaft führen. Sie darf auch keine unmittelbaren Eingriffe des Staates in den Ablauf des Wirtschaftsprozesses nach sich ziehen, die ihn über seine ihm zukommenden ordnungspolitischen Aufgaben hinaus in die Rolle des Unternehmers drängen würden, wie sie ihm in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht zugestanden werden kann.

Mit dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft ist die allgemeine wirtschaftspolitische Linie der Deutschen Partei festgelegt. Bei ihren jeweiligen wirtschaftspolitischen Entschlüssen wird sie sich von dem Grundsatz leiten lassen, die gegebenen wirtschaftlichen Tatbestände in ihren Zusammenhängen zu erfassen, das Mögliche zu wollen und das Notwendige zu tun.

PRIVATEIGENTUM

ALS GRUNDLAGE WIRTSCHAFTLICHER FREIHEIT

Seit mehr als hundert Jahren bemühen sich Politiker und Wissenschaftler um die Lösung der „sozialen Frage“ des industriellen Zeitalters, die sich den verschiedenen Generationen in wechselnder Gestalt, aber mit stets wachsender Schärfe stellt. Mitte vergangenen Jahrhunderts glaubte Karl Marx, in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und in der völligen Umwandlung der Eigentumsordnung den Schlüssel zur Lösung des Problems gefunden zu haben. Es war ein Fehler des in weiten Kreisen verbreiteten wirtschafts- und sozialpolitischen Denkens des 19. und bisherigen 20. Jahrhunderts, von der Änderung der Eigentumsordnung die Lösung der sozialen und wirtschaftspolitischen Frage zu erwarten. Seit 35 Jahren hat man mit dem „Aufbau des marxistischen Sozialismus in einem Lande“ Ernst gemacht, der nur die Vorstufe zur Umwälzung der Gesellschaftsordnung im Sinne der kommunistischen Weltrevolution sein soll. Man hat im bolschewistischen Rußland und in den inzwischen von ihm unterworfenen Ländern die Menschen von der „Last“ des Privateigentums befreit und hat ihnen das „Glück“ des sozialistischen Gemeineigentums gebracht. Wie wenig die Menschen dort in Wahrheit glücklicher geworden sind, das haben Millionen deutscher Menschen aus eigener Anschauung kennengelernt, und zwanzig Millionen Deutsche müssen diese Erfahrung jenseits des Eisernen Vorhanges noch heute täglich machen.

Der Schaffung selbständiger Existenzen und der Bildung persönlichen Eigentums in breiter Streuung müssen alle gangbaren Wege geöffnet werden. Das ist im Interesse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, Handwerker sowie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge erforderlich. Die Bildung von Eigentum auf dem Sachwertgebiet wird dabei für wesentlich erstrebenswerter gehalten als die Bildung von Eigentum durch Besitztitel. In der gewerblichen Wirtschaft sind die Grundlagen dieser Eigentumsbildung

der gerechte Lohn und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsergebnis durch soziale Leistungen, Jahresabschluß- oder Weihnachtzahlungen, Erziehungs- und Erholungsbeihilfen, Beiträge für Altersversorgung u. ä. Damit wird die echte Partnerschaft hergestellt, die zugleich das Betriebsklima verbessert und zum Betriebsfrieden beiträgt.

Miteigentum in Form von Anteilscheinen beschränkt die Freiheit des Arbeitnehmers und bürdet ihm das Risiko des Unternehmers auf. Miteigentum ohne Risiko aber ist die Vorstufe zum Kollektiveigentum. Wir treten für eine leistungsgerechte und gute Bezahlung jeder Arbeit ein und sind der Auffassung, daß die Art der Eigentumbildung dem freien Ermessen der Schaffenden überlassen werden sollte. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß die Bildung von Sachwerteigentum in der Form des Eigenheimbaus durch gesetzliche Maßnahmen fördern. Die im Rahmen des Programms des sozialen Wohnungsbaus erstellten Wohnungen und Häuser sind grundsätzlich in Privateigentum zu überführen. Als künftige Eigentümer sollen die Mieter der auf diese Weise erstellten Wohnungen und Häuser bevorzugt werden. Hierin wird besonders für den Arbeiter und den Angestellten eine Möglichkeit gesehen, sich selbst ohne wirtschaftliche Überlastung Eigentum zu schaffen. Gerade Wohnungseigentum aber stärkt nicht nur das Persönlichkeitsbewußtsein des einzelnen und seiner Familie, sondern bildet zugleich auch den besten Schutz gegen die Gleichmachungsbestrebungen des Kommunismus.

Die Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gehört zu den Grundprinzipien einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, und die Tendenz zu seiner Beseitigung führt notwendig in die Zwangswirtschaft. Die Eigentumsfrage darf allerdings nicht isoliert gesehen werden. Charakter und Funktion des privaten Eigentums ändern sich mit der jeweils gegebenen Marktform. Privateigentum kann bei Bestehen monopolistischer Marktformen zur Ausbildung wirtschaftlicher Machtpositionen führen, deren Mißbrauch eine Unterbindung echter Konkurrenz und damit die Aufhebung der Freiheit in der Wirtschaft nach sich zieht. Privateigentum an Produktionsmitteln muß der Kontrolle durch die Konkurrenz unterworfen sein. Daraus ergibt sich, daß die Verfügungsmacht über Privateigentum dann einer Einschränkung bedarf, wenn die Kontrolle durch die Konkurrenz nicht gegeben ist. Andererseits setzt die Erhaltung einer privaten Freiheitssphäre die Anerkennung des Privateigentums voraus, denn die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum würde eine den einzelnen erdrückende wirtschaftliche Macht in der Hand des Staates aufrichten. Privateigentum ist eine Voraussetzung für das Bestehen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, allerdings nur dann, wenn keine den Wettbewerb unterbindenden Marktformen gegeben sind. Wir nehmen hier das Ergebnis wirtschaftstheoretischer Forschung als gegeben hin, daß eine auf dem Konkurrenzprinzip beruhende Wirtschaftsweise geeigneter ist, die optimale Versorgung

oder Bedürfnisbefriedigung aller Wirtschaftsbeteiligten sicherzustellen. Von diesen Gedanken geht auch die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft aus. Wettbewerb bedeutet als Marktform eine möglichst große Zahl von Wettbewerbern sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite und setzt, abgesehen von dieser quantitativen Bedingung, ein bestimmtes Marktverhalten voraus. Die Deutsche Partei erstrebt die Erhaltung eines nach obiger Definition gesunden Wettbewerbs und damit die Erhaltung und den Schutz einer möglichst großen Zahl selbständiger Unternehmerexistenzen. Daraus ergibt sich, daß ihr in besonderem Maße an der Sicherung der mittelständischen Unternehmerwirtschaft in Landwirtschaft, Handwerk und Handel gelegen sein muß.

SICHERUNG DES GEWERBLICHEN MITTELSTANDES

Ein ausgeglichenes Preis- und Lohngefüge zwischen Landwirtschaft, Mittelstand und Industrie erscheint wünschenswert; nur so kann es erreicht werden, das Zusammenwirken der die gesamte Volkswirtschaft tragenden Kräfte in richtigen Proportionen zu halten und die Grundlage unseres Exports zu bewahren. Dafür ist es erforderlich, daß dem gewerblichen Mittelstand, der für die Aufrechterhaltung des richtigen Gefüges innerhalb der Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, die notwendige Unterstützung und der notwendige Halt gegeben wird. Die Deutsche Partei hat deshalb bereits vor zwei Jahren folgendes Mittelstandsprogramm aufgestellt:

Die mittelständische Wirtschaft ist als eine der tragenden Säulen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Staats wegen zu schützen und zu fördern. Das kann und muß durch folgende Maßnahmen geschehen:

Schutz und Förderung der mittelständischen Wirtschaft sind durch Aufnahme eines entsprechenden Artikels im Grundgesetz zu verankern.

Verwirklichung der Marktwirtschaft auf allen Gebieten, Freiheit des Berufs und des Wettbewerbs, jedoch keine schrankenlose Gewerbefreiheit.

Für das Handwerk wird der große Befähigungsnachweis, für den Handel eine Handelsberufsordnung gefordert.

Schaffung selbständiger Abteilungen für Handel und Handwerk im Bundeswirtschaftsministerium.

Sofortige Inangriffnahme einer Umsatzsteuerreform. Umwandlung des Mehrphasensystems in eine Phasenpauschalierung mit dem Ziel einer Einphasensteuer.

Wettbewerbsmäßige Gleichstellung von Handel, Konsumvereinen und Genossenschaften im Kampf um den Verbraucher. Beseitigung steuerlicher Ungleichheiten, Wiederherstellung des Verbots des Nichtmitliedergeschäfts.

Beschränkung der Genossenschaften auf ihren Aufgabenkreis als Selbsthilfeorganisationen.

Gesetzliches Verbot des Werks- und Behördenhandels.

Anwendung der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) bei der Vergebung öffentlicher Aufträge.

Sofortiger Abbau der Nebenbetriebe der öffentlichen Hand und der Regiebetriebe, die nachweislich Zuschußbetriebe und damit eine unfaire Konkurrenz für Handwerk und Einzelhandel sind.

INNERBETRIEBLICHE PARTNERSCHAFT

Die Formen der innerbetrieblichen Leistungsgemeinschaft, die die Arbeitsfreude und den Leistungswillen erhöhen, für alle Beteiligten eine erfolgreiche Zusammenarbeit gewährleisten und damit die tragfähige Grundlage des sozialen Friedens in der gesamten Volkswirtschaft herstellen, müssen in jeder Weise

gefördert werden. Das Recht der Gewerkschaften zur Mitarbeit auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet wird anerkannt, jedoch lehnen wir eine Einschaltung betriebsfremder Personen in die Leitung der Unternehmen grundsätzlich ab. Leiten und bestimmen kann in einem Unternehmen nur, wer auch die volle Verantwortung für das Unternehmen übernimmt und tragen kann. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf innerbetrieblicher Ebene noch enger zu gestalten als bisher, und lassen uns dabei von der Auffassung leiten, daß das in Kraft befindliche Betriebsverfassungsgesetz den Rahmen gesetzt hat, der durch Zusammenarbeit in den Betrieben mit Leben erfüllt werden muß.

Wir treten ein für ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in sozialen Fragen und Fragen der Tarifverträge, für eine Mitwirkung der Arbeitnehmer bei Einstellungen und für Kündigungsschutz bei Entlassungen, sowie für ein Mitberatungsrecht in solchen wirtschaftlichen Fragen, bei denen es um Sicherheit und Entwicklung des Betriebes geht.

LANDWIRTSCHAFT UND VERKEHRSWESEN

Wirtschaftspolitik im Sinne von Volkswirtschaftspolitik umfaßt nicht nur Industrie, Handel und Handwerk, zu ihr gehören auch das große Gebiet der Landwirtschaft und die selbständige Gruppe des Verkehrs.

Ein kurzer Überblick über Aufbau und Struktur der westdeutschen Wirtschaft zeigt, daß die Marktform des freien Wettbewerbs nicht in allen volkswirtschaftlichen Bereichen gegeben ist. Das liegt zum Teil an der durch den Krieg und die politische Zerreißen bedingten Strukturveränderung, zum Teil aber auch an den besonders gelagerten Verhältnissen, wie sie vor allem in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen gegeben sind.

Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft gelten besondere Standortbedingungen, wie sie in anderen Wirtschaftszweigen unbekannt sind. Die Produktionsmöglichkeiten sind nach Art und Menge mehr oder weniger durch die natürlichen Gegebenheiten des Bodens und des Klimas bestimmt. Die Landwirtschaft muß langfristig disponieren können und bedarf stabiler Markt- und Preisverhältnisse, was übrigens nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse der Verbraucher liegt. Die Deutsche Partei unterstützt in Anerkennung dieser besonderen Umstände die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, von denen wir einige, die uns als besonders vordringlich erscheinen, nachstehend aufführen:

Beschränkung der Einfuhren von Nahrungsgütern auf den wirklichen Bedarf, was seitens der Handelspolitik durch Verabredung von Gleitklauseln im Rahmen der Schonfristen für die Einfuhr von Agrarprodukten unterstützt werden könnte.

Untersuchung der Diskrepanz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen und Zurückführung dieses Verhältnisses auf ein gesundes Maß.

Langfristige Kreditgewährung an die Landwirtschaft zur Ermöglichung weiterer Produktionssteigerung, die angesichts der Welternährungslage auf längere Sicht zweckmäßig ist.

Bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften durch die Arbeitsämter. Daneben müssen auch die anderweitig belegten landwirtschaftlichen Werkwohnungen ihrer Zweckbestimmung wieder zugeführt werden.

Der Landwirtschaft und den in ihr tätigen Menschen kann zwar keine Einkommensgarantie gegeben werden, sie kann jedoch die gleichen Chancen im Einkommenserwerb verlangen, wie sie in anderen volkswirtschaftlichen Bereichen gegeben sind. Die Lösung aller Absatz- und Preisprobleme für die Landwirtschaft kann auf die Dauer nicht in der Verteidigung eines isolierten Schutzbereiches inmitten einer freien Marktwirtschaft gesehen werden. Sie muß vielmehr auch für die landwirtschaftliche Erzeugung in der Ausweitung des Marktes, in Qualitätsverbesserungen, in der Steigerung des Verbrauchs und in allen technischen und organisatorischen Anstrengungen gefunden werden, die dazu dienen können, eine vermehrte Nachfrage zu erzwingen. Eine einsichtsvolle Handelspolitik muß dafür sorgen, daß die Ausweitung der Nachfrage nicht ausschließlich durch vermehrte Einfuhren ausgefüllt wird.

Verkehrswesen

Der Verkehr hat im gesamten Wirtschaftsleben zentrale Funktionen eigener Art. Er unterliegt Ordnungsprinzipien, die nicht aus dem freien Kräftespiel des Marktes erwachsen sind, sondern vom Staat gesetzt wurden. Dennoch sind freie Marktwirtschaft und Ordnung im Verkehrswesen miteinander vereinbar.

Die Lage der deutschen Verkehrsträger ist dadurch gekennzeichnet, daß die Entgelte mit dem Preis- und Lohnniveau nicht halten können. Infolgedessen ist bei allen Verkehrsträgern durch Substanzverzehr eine Notlage entstanden, der unbedingt begegnet werden muß, wenn der Verkehr in seiner Gesamtheit seiner Aufgabe als Diener und Träger der Wirtschaft weiter entsprechen soll. Unter Berücksichtigung der in den letzten vier Jahren auf dem Verkehrsgebiet unbestritten erzielten Aufbauerfolge erhebt die Deutsche Partei für die weitere Entwicklung des Verkehrs eine Anzahl von Forderungen. Eine Tarifierhöhung, durch die eine weitere Belastung der produzierenden Wirtschaft eintritt, kann jedoch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, den Export zu steigern und den Binnenmarkt zu versorgen, nicht in dem für die Verkehrsträger erforderlichen Ausmaß vertreten werden.

Die Lage der Deutschen Bundesbahn als des wichtigsten Verkehrsträgers ist besonders schwierig, da es bisher dem Bund aus finanziellen Gründen nicht möglich war, wie in den anderen europäischen Ländern die Kriegs- und Nachkriegsschäden aus allgemeinen Staatsmitteln zu ersetzen. Darüber hinaus ist die Deutsche Bundesbahn in starkem Maße durch politische Lasten in Anspruch genommen. Sie kann daher weder ihrer Aufgabe als größter Auftraggeber der Bundesrepublik in hinreichendem Maße nachkommen, so daß zahlreiche Lieferindustrien, insbesondere die Waggon- und Lokomotivindustrien, in Schwierigkeiten geraten, noch kann sie in genügendem Maße ihren Verpflichtungen gegenüber dem Personal und zur Erhaltung ihrer Betriebsmittel nachkommen. Es ist unerlässlich, daß das Bundesbahnpersonal in keiner Weise schlechter gestellt wird als die Bundesbeamten und die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe. Es ist ferner notwendig, daß aus öffentlichen Mit-

teilen der Bundesbahn die erforderlichen Beträge zur Beseitigung der Kriegs- und Nachkriegsschäden zur Verfügung gestellt werden und daß die erforderlichen Kredite zur technischen Weiterentwicklung, insbesondere zur Elektrifizierung, beschafft werden. Darüber hinaus müssen der Deutschen Bundesbahn die politischen Lasten durch den Bundeshaushalt abgenommen werden.

Der Aufbau der deutschen Seeschifffahrt ist in den letzten Jahren erfreulich gefördert worden. Er ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Die Deutsche Partei ist daher der Auffassung, daß durch Zurverfügungstellung genügender Bundesmittel im Wege der Wiederaufbaudarlehen in den nächsten Jahren und durch genügende Erschließung von Kapitalmärkten, erforderlichenfalls über eine Beibehaltung der Vorschriften des § 7d, Abs. 2, des Einkommensteuergesetzes Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist erforderlich, die deutsche Handelsflotte in den nächsten Jahren auf eine Größenordnung von mindestens 3,5 Mill. BRT zu bringen. In Ergänzung des Wiederaufbaugesetzes muß dafür gesorgt werden, daß in Zukunft auch der Bau von Passagierschiffen in wirtschaftlich vertretbarem Umfang wieder ermöglicht wird.

Die Lage der mittleren und kleinen Werften an der Küste und im Binnenland ist außerordentlich schwierig. Die Deutsche Partei fordert daher, daß bei der Zuweisung von Mitteln für den weiteren Schiffbau die Größenordnungen angemessene Berücksichtigung finden, die zu einer Auftragserteilung an die kleinen und mittleren Werften geeignet sind, um den Auftragsbestand und die Beschäftigung dieser Werften zu erhalten.

Der Wiederaufbau unserer Seehäfen ist noch stark im Rückstand. Die Deutsche Partei fordert daher, daß für den Wiederaufbau der Häfen seitens der Küstenländer und seitens des Bundes die erforderlichen Mittel laufend zur Verfügung gestellt werden.

Die deutsche Binnenschifffahrt ist durch starke Verluste in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der internationalen Konkurrenz in einer sehr schwierigen Lage. Die Deutsche Partei fordert daher, daß die deutsche Binnenschifffahrt von weiteren Belastungen mit staatlichen Abgaben und Steuern freigestellt wird, um ihre bedeutenden Aufgaben weiter erfüllen zu können. Zur Modernisierung der Flotte müssen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbau der Binnenwasserstraßen, insbesondere des Dortmund-Ems-Kanals, der Weser und zu gegebener Zeit der Elbe, zur Verbindung der Seehäfen mit dem Hinterland ist mit allem Nachdruck zu fördern. Auch der Ausbau der süddeutschen Wasserstraßen, die Verbindung zwischen Main und Donau und der Ausbau des Hochrheins sind in den nächsten Jahren durchzuführen.

Die Bundesstraßen als Grundlage des Straßenverkehrs bedürfen dringend eines weiteren Ausbaus. Das Netz der Autobahnen muß vervollständigt, und die Bundesstraßen müssen dem verstärkten Verkehr angepaßt werden. Die erforderlichen Mittel müssen durch Bildung eines besonderen Straßenbaufonds beschafft werden. Vor allem sind die Schließung der Autobahnlücken, z. B. zwischen Hamburg und Göttingen, Karlsruhe und Basel, und der Bau der Autobahn Frankfurt—Nürnberg—Passau durchzuführen.

Die im Straßenverkehr und in der Binnenwirtschaft tätigen kleinen und mittleren Unternehmer müssen unter den besonderen Schutz des Staates und seiner Verkehrspolitik gestellt werden.

Die Wiedererringung der Lufthoheit, die erst mit der Ratifizierung des Deutschlandvertrages eintritt, ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau eines eigenen deutschen Luftverkehrs. Dieser Wiederaufbau zur Schaffung einer neuen deutschen Lufthansa ist weiterhin mit allen Mitteln zu fördern.

STEUERREFORM UND KAPITALMARKTORDNUNG

Lassen sich also in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen (vornehmlich in dem letzterwähnten Bereich gibt es ja keine freien Preise und Lieferbedingungen) marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzipien

nur mit gewissen Abweichungen realisieren, so gibt es andere Bereiche, wie die Wohnungswirtschaft und vor allem den Kapitalmarkt, die im gesamtwirtschaftlichen Interesse mit möglichster Beschleunigung dem Wettbewerb wieder geöffnet werden müssen.

Die erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung der vergangenen fünf Jahre, die mit der Überwindung der zurückgestauten Inflation durch den Währungsschnitt von 1948 eingeleitet wurde und durch eine konsequente „Politik des knappen Geldes“ zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Deutsche Mark im Inland und Ausland führte, muß nun durch die Schaffung gesunder Kapitalmarktverhältnisse für die Zukunft stabilisiert werden. Das Fehlen eines funktionsfähigen Kapitalmarktes und die ungesunde Kapitalansammlung bei der öffentlichen Hand sind eine Folge des reformbedürftigen Steuersystems. Es bedarf daher einer sofortigen Inangriffnahme der bisher zurückgestellten organischen Steuerreform. Sie muß vor allem dazu führen, die bisherigen kurzfristigen Sparformen in langfristiges Anlagesparen umzuwandeln, eine am Markt orientierte Kapitalbildung der Verbraucher zu fördern und den vorhandenen Sparwillen auf die Bildung eines möglichst breitgestreuten Eigentums hinzulenken. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen zur Kapitalmarktförderung sind unzureichend und haben zu einer weiteren Kapitalansammlung bei der öffentlichen Hand geführt. Diese bereits eingetretene Kapitalanhäufung muß schnellstens abgebaut werden.

Dazu sind Kapitalmarktförderungsgesetze und eine Steuerreform erforderlich, die die Ersparnisse in die Privatwirtschaft lenken. Die Deutsche Partei hat sich den durch das Institut „Finanzen und Steuern“ in einem Gesetzentwurf zur Förderung der Produktivität in der Wirtschaft zusammengefaßten Maßnahmen in vollem Umfang angeschlossen und erhebt folgende wirtschaftspolitische Forderungen zur Steuerpolitik:

- Herabsetzung des Spiegels der Einkommen- und der Lohnsteuer;
- Herabsetzung des Spiegels der Körperschaftsteuer;
- Einführung eines steuerlichen Sondertarifs zur Hebung der Produktivität in den Betrieben;
- Vermeidung der Scheingewinnsteuer;
- Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer bei der Einkommensteuer auch für juristische Personen;
- Erweiterung der Erbschaftsteuerversicherung zur Ablösung der Erbschaftsteuer;
- Erweiterung des Wertpapiersparens und Steuerbefreiung für bestimmte Zinsen und Zinshöhen;
- Erhöhung des Abzugs für Sonderausgaben;
- Erhöhung der steuerlich zugelassenen Abschreibung;
- Erhöhung der Grenze für kurzlebige und geringwertige Wirtschaftsgüter;
- Verlängerung der Ausgleichsperiode für Verlustvorträge; moralisch gerechtfertigte Methoden bei der Einhebung der Steuern.

Diese Maßnahmen würden dazu führen, daß die Wirtschaft ihre Finanzbedürfnisse auf dem Kapitalmarkt befriedigen könnte, ohne in nennenswertem Maße das Steueraufkommen zu beschädigen, da der Staat seinen Ausgleich durch die gesteigerte Produktivität der Wirtschaft finden würde. Diese Maßnahmen sind um so dringlicher, als dadurch in Zukunft die durch das ungesunde Steuersystem entstandenen volkswirtschaftlichen Disproportionalitäten abgebaut und die Kapitalinvestitionen über eine marktmäßige Orientierung zukünftig an den Stellen des dringlichsten volkswirtschaftlichen Bedarfs vorgenommen werden.

SICHERUNG DER RANDGEBIETE

In Verbindung mit den Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität bedarf die Sicherung der Randgebiete unserer Volkswirtschaft bevorzugter staatlicher Unterstützung. Sie ist gleichermaßen aus Gründen der allgemeinen Staatspolitik, der Kulturpolitik und der Wirtschaftspolitik notwendig. Die Teilung Deutschlands hat die Wirtschaft der Zonengrenzgebiete entlang des Eisernen Vorhangs in eine unverschuldete Notlage gebracht, die sie nicht aus eigener Kraft meistern kann. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen reichen nicht aus. Die willkürliche Abtrennung von den natürlichen Beschaffungs- und Absatzmärkten in Mittel- und Ostdeutschland sowie der Fortfall wichtiger Exportgebiete in Osteuropa haben zu einem chronischen wirtschaftlichen Notstand geführt, der sich in einer weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit abzeichnet. Anhaltender Flüchtlingszustrom und die Abwanderungstendenzen bodenständiger Betriebe tragen zu einer Verschärfung der Situation bei, die neben den wirtschaftlichen Folgen auch zu der Gefahr einer politischen Radikalisierung führt. Es erscheint daher notwendig, zur Behebung dieser für die gesamte Bundesrepublik gefährlichen Situation den vorhandenen Kredit der gesamten westdeutschen Wirtschaft zu mobilisieren und durch entsprechende Maßnahmen des Bundes und der Länder in die betroffenen Gebiete zu lenken. Zur unmittelbaren Hilfeleistung ist es erforderlich, die Kreditgrundlage der notleidenden Unternehmungen mit Hilfe von Bundesbürgschaften zu verbreitern, die Grenzonenwirtschaft bei Vergebung von Aufträgen durch die öffentliche Hand bevorzugt

zu berücksichtigen, in Zusammenarbeit der Länder mit den zuständigen Bundesbehörden Frachtvergünstigungen zur Senkung der Transportkosten durchzuführen und außerdem besondere steuerliche Erleichterungen zu gewähren.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Deutsche Partei fordert die Selbstgestaltung und Selbstverwaltung der Wirtschaft im Rahmen staatlicher Gesetze durch alle an ihr beteiligten Gruppen, einschließlich der Verbraucher. Wertbeständiges Geld zwingt zu ehrlicher Wirtschaftsordnung. Ruinöse Steuerpolitik zerstört Leistungskraft und Leistungswillen.

Innerbetrieblich sind Formen einer Leistungsgemeinschaft zu entwickeln, die auf der Grundlage der Kameradschaft und der Menschenwürde die Schaffenskraft erhalten, die Arbeitsfreude und den Leistungswillen erhöhen und für alle Beteiligten eine erfolgreiche Zusammenarbeit gewährleisten.

Jeder hat für seine und seiner Familie Existenz selbst einzustehen. Die Gemeinschaft hat die sittliche Pflicht, dem Hilfsbedürftigen zu helfen. Aber der Fleißige darf für seinen Fleiß nicht bestraft, der Faule für seine Faulheit nicht belohnt werden. Schaffung von Arbeitsplätzen zur Steigerung der Produktion gehört zu den wichtigsten sozialen Pflichten der Wirtschaft. Leistung geht vor Sicherheit, denn sie kommt allen zugute.

Wer Freiheit will, muß Eigentum wollen. Wer Freiheit und Eigentum will, muß die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft bejahen. Eigentum verpflichtet. Steigerung der Produktion und Leistung soll der Verwirklichung der persönlichen Freiheit durch Bildung persönlichen Eigentums dienen.

Summary: Private Ownership and Efficiency Competition. The "Deutsche Partei's" (DP.) conception of economic policy is based on the ideas of a free democratic constitutional State which defines political responsibility in precise terms and protects the individual against the abuse of economic power. The decision on the type of economic order to be established is, therefore, made in favour of the market economy, as this system is the logical supplement to the political order of a democratic constitutional State and, moreover, ensures higher efficiency of the economic process than would do a centrally-planned economy. To solve the social question, a sound distribution of property is essential; means to this end are fair wages, profit-sharing systems, and the establishment of intra-concern partnerships. Preference is to be given to the promotion of middle-class enterprise in agriculture, handicrafts, and trade as well as of agriculture in general which, because of the peculiar conditions of its production and location, depends on stable prices and markets. The transport trade, too, is to benefit from special promotional measures. Other measures called for are the rehabilitation of the capital market, inter alia by an "organic" tax reform, and finally generous assistance for the zonal boundary areas as a means of paving the way to Germany's re-unification.

Résumé: Propriété privée et concurrence compétitive. Le Parti Allemand (Deutsche Partei) a formulé sa politique économique en partant des conceptions de l'Etat démocratique libéral qui délimite méticuleusement les domaines de la responsabilité politique et protège l'individu contre les abus de la part du pouvoir économique. Quant au système économique ce parti se décide donc en faveur de l'économie de marché comme complément logique de l'ordre politique de l'Etat démocratique et garantissant, en comparaison avec le dirigisme économique, un rendement meilleur de la coopération dans le cadre de l'économie nationale. Il aspire à résoudre la question sociale par le rétablissement d'un ordre sain de propriété privée; ceci à moyen de salaires justes, participation des ouvriers aux bénéfices d'exploitation et fondement d'un système d'association au sein de chaque entreprise. Ce parti prête un intérêt particulier à l'encouragement des moyennes exploitations des secteurs agriculture, artisanat et commerce ainsi qu'à l'agriculture en général. D'autres mesures d'encouragement seraient prises en faveur des services du transport. En plus d'un marché des capitaux ranimé, surtout, par une réforme fiscale organique, le parti revendique une assistance efficace en faveur des régions limitrophes des deux zones allemandes dont il faut préparer la réunion sous tous les points de vue.

Resumen: Propiedad privada y competencia de eficiencia. La concepción económico-política del Partido Alemán (DP.) estriba en el ideario de un Estado de Derecho liberal, democrático, el cual destina exactamente la responsabilidad política y protege el individuo contra el abuso del poder económico. Por eso, la decisión sobre el orden económico sale en favor del sistema de la economía de mercado, porque este sistema constituye, conforme al sentido, un complemento al orden político de un Estado de Derecho democrático y porque garantiza un mejor resultado de la cooperación económica que la economía de administración central. La solución del problema social se la conseguiría por el restablecimiento de un sano orden de propiedad privada; las medidas a tomar son salarios justos, participación de los obreros en las ganancias de la empresa, codeterminación del equipo. Un puesto de preferencia merece el fomento de la economía de la clase media en agricultura, artesanado y comercio. Los sistemas de transporte requieren medidas de fomento especiales. Aparte de una animación del mercado de capitales, entre otras cosas, por una reforma tributaria orgánica, se exige que se ayude a los distritos de zonas fronterizas, para crear de esta manera las condiciones para una reunión de Alemania.